

# i Fijáte !

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 429 25. Februar 2009

15. Jahrgang

## Das Recht auf gewerkschaftliche Organisation und Kollektivverhandlungen

Die guatemaltekische Gewerkschaftsbewegung ist heute sehr schwach. Die Repression während des bewaffneten Konflikts und die vor allem nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen vorangetriebenen Privatisierungen haben das Ihre zur Schwächung der Gewerkschaftsbewegung beigetragen. Mit Ausnahme der Angestellten der noch wenigen überhaupt vorhandenen öffentlichen Dienste (LehrerInnen und Pflegepersonal) gibt es in Guatemala vor allem Betriebsgewerkschaften, die in übergeordneten Organisationen auf nationaler und internationaler Ebene vernetzt sind. Der nachfolgende Text ist die Zusammenfassung eines Berichts, den die guatemaltekischen Mitgliedsorganisationen der Internationalen Gewerkschaftskonföderation (ITUC-CSI) zuhanden des Generalrates der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) erarbeitet haben, der vom 2. – 4. Februar in Genf tagte.

### Widersprüche zwischen nationalen Gesetzen und ILO-Abkommen

1952 ratifizierte Guatemala die ILO-Abkommen Nr. 87 und 98 über das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren und Kollektivverträge auszuhandeln. Auch wenn die Gewerkschaftsfreiheit und das Recht, sich einer solchen anzuschliessen, legal anerkannt sind, blockiert das guatemaltekische Justizsystem dessen Umsetzung. Nach wie vor werden gewalttätigen Übergriffen oder ungerechter Behandlung von ArbeiterInnen gerichtlich zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, geschweige denn werden die Täter verfolgt und verurteilt. Im Jahr 2008 konstatierte eine ExpertInnenkommission der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO) mit Besorgnis, dass sich die arbeitsrechtliche und die gewerkschaftliche Situation in Guatemala trotz zahlreicher vorangegangener Berichte und Empfehlungen nicht verbessert hat: Im Jahr 2007 wurden fünf GewerkschafterInnen umgebracht, im Jahr 2008 waren es zwölf.

Gemäss Artikel 215(c) des guatemaltekischen Arbeitsgesetzes aus dem Jahr 2001 braucht es für die legale Gründung einer Betriebsgewerkschaft die absolute Mehrheit der im entsprechenden Betrieb angestellten ArbeiterInnen. Demgegenüber heisst es in der entsprechenden ILO-Passage: „Die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber ohne jeden Unterschied haben das Recht, ohne vorherige Genehmigung Organisationen nach eigener Wahl zu bilden und solchen Organisationen beizutreten, wobei lediglich die Bedingung gilt, dass sie deren Satzungen einhalten.“ Die guatemaltekische Prozentregel ist ein grosses Hindernis für die Gründung von Gewerkschaften angesichts der Tatsache, dass bloss 3% der ArbeiterInnen überhaupt gewerkschaftlich organisiert sind. Oft wird auch die Registrierung einer Gewerkschaft hinausgezögert oder gar verweigert.

Zudem muss eine Person guatemaltekischer Nationalität sowie aktiveR MitarbeiterIn des entsprechenden Unternehmens sein, um als GewerkschaftsführerIn auftreten zu kön-

nen. Im Unterschied zu den ILO-Bestimmungen darf gemäss guatemaltekischem Arbeitsgesetz ein Streik nur dann ausgerufen werden, wenn ihn eine Mehrheit der Angestellten eines Betriebes unterstützt und nicht, wenn ihn die Mehrheit der an einem Streikbeschluss abstimmenden Personen unterstützen. Gewissen Berufsgruppen wie z.B. den LehrerInnen, den Angestellten der Post und des öffentlichen Verkehrs sowie den ArbeiterInnen des staatlichen Energiesektors ist es verboten, überhaupt in den Streik zu treten.

In der Realität gibt es kein freies Recht auf Gewerkschaftsarbeit, da Drohungen, Ermordungen und Entlassungen viele ArbeiterInnen davor abschreckt, Mitglied einer Gewerkschaft zu werden. Als Beispiel sei der Fall von Pedro Zamora genannt, der im Januar 2007 brutal ermordet wurde. Zamora war Generalsekretär der Gewerkschaft der ArbeiterInnen des Hafenernehmens des Pazifikhafens Puerto Quetzal und führte eine Kampagne an gegen die Privatisierung des Hafens. Die Kampagne schlug ein effizientes alternatives Investitionsmodell vor, bei dem keine Angestellten hätten entlassen werden müssen. Zamora lag mit der Administration des Hafens im Streit über Menschenrechtsverletzungen, die Entlassung von neun Angestellten sowie die Weigerung, einen Kollektivvertrag abzuschliessen. Bis heute ist niemand für den Mord an Zamora verhaftet worden und seine GewerkschaftskollegInnen und deren Familien wurden telefonisch mit dem Tod bedroht.

Nach wie vor schwierig ist es für die Gewerkschaften im Bananensektor: Im Jahr 2007 überfielen illegalerweise Soldaten des guatemaltekischen Militärs den Gewerkschaftssitz der BananenarbeiterInnen von Izabal (SITRABI). Ein Mitglied wurde dabei ermordet, der Generalsekretär der Gewerkschaft verfolgt und durch Überwachung und Schüsse eingeschüchert. Im Jahr 2008 wurde ein Mitglied einer anderen Bananengewerkschaft (SITRABANSUR)

ermordet und die Tochter eines organisierten Arbeiters von bewaffneten Männern vergewaltigt.

Weit verbreitet ist auch die Praxis, ArbeiterInnen zu entlassen, die in einem Betrieb eine Gewerkschaft gründen wollen oder sonst gewerkschaftlich aktiv sind. Unter den Betrieben werden so genannte schwarze Listen gehandelt mit den Namen von GewerkschaftsaktivistInnen. Oftmals und vor allem im Maquilasektor schliesst ein Unternehmen seine Tore, sobald sich ein Arbeitskonflikt abzeichnet und die Angestellten sich zu wehren beginnen. Ein paar Wochen später eröffnet dasselbe Unternehmen an einem anderen Ort und unter anderem Namen eine neue Fabrik. So erstaunt es denn auch nicht, dass es bloss in drei von 200 im Land angesiedelten Maquilas gelang, Gewerkschaften zu organisieren, von denen zwei einen Kollektivvertrag aushandeln konnten. Unterdessen ist selbst die Regierung soweit, dass sie unter den Angestellten in den Maquilas Flugblätter verteilen lässt, um sie auf die Möglichkeit gewerkschaftlicher Organisation sowie auf die Existenz von ArbeitsinspektorInnen hinzuweisen. Diese eigentlich staatlichen Angestellten führen ihre Inspektionen oft sehr zweifelhaft durch, versuchen die Angestellten davon abzubringen, ihre Rechte einzufordern oder geben dem oder der ArbeitgeberIn das Datum der Inspektion im voraus bekannt, worauf diese die entsprechenden Massnahmen ergreifen können, um sich keine Rüge oder Busse einzuhandeln.

Aber auch im öffentlichen Sektor, z.B. bei den LehrerInnen, kommt es zu Entlassungen oder Versetzungen von gewerkschaftlich organisierten „unliebsamen“ Lehrkräften. Oftmals werden die ArbeiterInnen/LehrerInnen mit Temporär- oder Tageslohnverträgen eingestellt, obwohl sie ganz „normale“ Arbeit verrichten. Der Vorteil für den oder die ArbeitgeberIn liegt darin, dass Angestellten mit Temporärverträgen keine Sozialleistungen bezahlt werden müssen und sie nicht in den Genuss gewerkschaftlicher Rechte kommen. Entlassene oder versetzte ArbeiterInnen werden durch solche ersetzt, die nicht dem Gesamtarbeitsvertrag unterstellt sind. Ein weiterer Trick, die Arbeits- und Gewerkschaftsrechte auszuhebeln ist, mit einem „Zwischenhändler“ einen Subkontrakt auszuhandeln: Der Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin geht damit einen Geschäfts- und keinen Arbeitsvertrag ein, dieser wird zwischen dem „Zwischenhändler“ und den ArbeiterInnen geschlossen, womit den oder die ArbeitgeberIn mit dem oder der Arbeitnehme-

rIn kein direkter Vertrag (und damit auch keine Verpflichtung) verbindet.

### **Gleicher Lohn für gleich Arbeit!**

1960 ratifizierte Guatemala die Konventionen Nr. 111 (Diskriminierung) und 1961 die Nr. 100 (Lohngleichheit). Die guatemalteckische Verfassung etabliert das Prinzip der Nicht-Diskriminierung gegenüber Frauen und anerkennt die Rechte der verschiedenen ethnischen Gruppen. Zweifellos sind Frauen auch im Arbeitsbereich nach wie vor grossen Diskriminierungen ausgesetzt. Von der Lohngleichheit mit den (weissen) Männern sind sie weit entfernt, arbeiten sie doch mehrheitlich im Niedriglohnssektor der Textilindustrie, der Landwirtschaft, dem Einzelhandel, im schlecht bezahlten öffentlichen Dienst oder im informellen Sektor. In den Fabriken innerhalb der Freihandelszonen ist es gang und gäbe, dass sich die weiblichen Angestellten einem Schwangerschaftstest unterziehen müssen, bevor sie einen Job bekommen bzw. wird die Schwangerschaft als ein Entlassungsgrund gesehen. Sexuelle Übergriffe sind an der Tagesordnung. Besorgniserregend ist auch die Situation der Hausangestellten, die keinerlei rechtlichen Schutz geniessen. Ihre Patrons sind nicht verpflichtet, ihnen zusätzlich zum Lohn Sozialleistungen zu bezahlen, und so kommen sie nicht in den Genuss der Leistungen des *Sozialversicherungsinstituts* (IGSS).

Die Arbeitssituation der indigenen Bevölkerung ist (im Vergleich zur Ladinobevölkerung) durch schlechtere Schulbildung und Armut geprägt. Da ein Grossteil der Indigenas im Landwirtschaftssektor arbeitet, ist ihr gewerkschaftlicher Schutz wegen der oben erwähnten Temporäransstellungen und den repressiven antigewerkschaftlichen Methoden vieler Grossgrundbesitzer sehr gering.

### **Kinderarbeit**

1990 ratifizierte Guatemala das Abkommen Nr. 138 der ILO über das Mindestalter von Angestellten und 2001 die Nr. 182 über die Eliminierung von Kinderarbeit. Gemäss Artikel 148(e) des guatemalteckischen Arbeitsgesetzes ist die Arbeit von Kindern unter 14 Jahren verboten, ausser sie hätten eine schriftliche Bewilligung des Arbeitsministeriums. Doch die Gesetze zur Verhinderung von Kinderarbeit werden nicht angewendet, einerseits weil die Kontrollen der ArbeitsinspektorInnen zu lasch und zum andern, weil die Arbeitsgerichte zu ineffizient sind. Eine Studie des *natio-*

*nen Statistikinstituts* (INE) kam im Jahr 2000 zum Schluss, dass es im ganzen Land ca. 500'000 Kinder zwischen 7 und 14 Jahren gibt, die in der Lohnarbeit tätig sind, was 20% der entsprechenden Altersgruppe ausmacht. Gewerkschaften gehen davon aus, dass unterdessen das Verhältnis auf 1:3 gestiegen ist. Bei Kindern, die ausschliesslich in der Lohnarbeit tätig sind und daneben nicht noch zur Schule gehen, ist ein Durchschnitt von 58 Arbeitsstunden pro Woche keine Seltenheit. 62% der arbeitenden Kinder sind in der Landwirtschaft tätig, 16% im Handel, der Rest verteilt sich auf Handwerk, Dienstleistungen und Baugewerbe. Ein typisches und sehr gefährliches Feld für Kinderarbeit ist die Herstellung von Feuerwerk. Verbreitet ist die Kinderarbeit auch im Haushalt, wo sie gegen (ungenügende) Kost und (miserables) Logis in ausbeuterischen Verhältnissen schuftet. Psychischer und physischer inklusive sexueller Missbrauch ist weit verbreitet.

### **Zwangsarbeit**

Guatemala ratifizierte das ILO-Abkommen Nr. 29 über Zwangs- und obligatorische Arbeit im Jahr 1989 und das Abkommen Nr. 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit sogar bereits 1959. Obwohl die Inhalte der Abkommen in die guatemalteckische Verfassung aufgenommen wurden, kommt vor allem im Bereich der Hausarbeit die jugendliche Zwangsarbeit oft vor. Auch die Tatsache, dass in der Landwirtschaft die Kinder üblicherweise bloss ein Drittel des Mindestlohnes erhalten, kann als eine Form von Zwangsarbeit interpretiert werden, denn oftmals sind sie durch die Armut gezwungen, sich diesen Bedingungen anzupassen, vor allem wenn die Alternative Entlassung und Arbeitslosigkeit ist.

Verschiedene Berichte belegen auch, dass Guatemala Ausgangs-, Durchgangs- und Zielort von Frauen- und Kinderhandel ist, wobei die Opfer sexuell und als Arbeitskraft ausgebeutet werden.

In ihren Schlussfolgerungen fordern die Mitgliedorganisationen der *Internationalen Gewerkschaftskonföderation* Einhaltung und bessere Kontrolle der nationalen und internationalen Richtlinien zu Arbeitsschutz und gewerkschaftlichen Rechten. Es ist leider zu befürchten, dass sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt durch die Wirtschaftskrise verschärft. Ob dies zu einer Stärkung oder zur endgültigen Zerschlagung der Gewerkschaften führen wird, bleibt abzuwarten.

## Ist auch der CEH-Wahrheitsbericht von 1999 verschwunden?

**Guatemala, 23. Feb.** Am 25. Februar 1999 veröffentlichte die *Historische Wahrheitskommission* (CEH) ihren Bericht "Memoria del Silencio" ("Erinnerung an das Schweigen"). Darin stellt sie unter anderem fest, dass während des internen bewaffneten Konflikts zwischen 1960 und 1996 rund 200'000 Personen Opfer des staatlichen Verschwindenlassens und Mordens wurden, dass mindestens 669 Massaker vornehmlich an indigenen Gemeinden durchgeführt wurden und die guatemalteckische Armee und ihre Verbündeten für den Grossteil der Taten verantwortlich zu machen sind. Taten, die inzwischen als Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit kategorisiert werden.

Doch zehn Jahre nach der Veröffentlichung des Berichts, der auf die Friedensverträge zurückgeht, ist kaum etwas geschehen, um auch nur ansatzweise von Gerechtigkeit sprechen zu können.

So fordert auch *Amnesty International* anlässlich des Jahrestages den Kongress auf, ein Gesetz zur Einsetzung einer Nationalen Kommission zur Suche nach erzwungen und unfreiwillig Verschwundenen zu verabschieden und damit einen grundlegenden Schritt zu tun, um die Empfehlungen der CEH umzusetzen. "Der Bericht der CEH stellt einen Meilenstein für die Menschenrechte in Guatemala dar", meint Kerrie Howard, stellvertretende Direktorin des AI-Programms für Amerika. "Doch es ist äusserst enttäuschend, dass so viele Empfehlungen des Berichts noch ausstehen und es keine Gerechtigkeit gibt in den 10'000en von Fällen des Verschwindenlassens, Mordens, und Foltern während des Konflikts. (...) Ohne Gerechtigkeit kann Guatemala nicht vor-

wärtskommen und seine dunkle Vergangenheit hinter sich lassen", so Howard. "Die beste Art, der Opfer der verübten Verbrechen zu gedenken und sie zu ehren, besteht darin, dass diejenigen, die sie begangen, autorisiert oder geplant haben, der Justiz nicht entkommen können", so die AI-Aktivistin.

Derweil äussern Menschenrechtsorganisationen ihre Sorge angesichts der ausbleibenden Fortschritte, die die zuständige Abteilung des *Menschenrechtsprokurats* (PDH) in den Ermittlungsprozessen von 62 im Konflikt verschwundenen Personen vorweisen kann. Die Abteilung selbst gibt fehlende Ressourcen als Begründung an. Sie wurde 1997 auf Grundlage der Strafprozessordnung eingerichtet, demnach der *Oberste Gerichtshof* der PDH das Mandat zur Ermittlung des Verbleibes von Verschwundenen übertragen kann. Entsprechende Resultate hat die PDH an die Staatsanwaltschaft zu übergeben, damit diese die strafrechtliche Verfolgung der mutmasslichen Verantwortlichen aufnehmen. "Seit es diese Instanz gibt, wurde gerade einmal in einem Fall ein Prozess eingeleitet, und zwar gegen einen Militär und drei Kommissionäre, die gemäss Ermittlungen in die illegale Festnahme einer Familie involviert wa-

ren", bedauert Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM). Letztendlich sind die Angeklagten jedoch aufgrund eines Einspruchs freigelassen worden (¡Fijáte! 425). Die GAM selber wurde anlässlich des Verschwindens von Édgar Fernando García vor 25 Jahren von dessen damaliger Ehefrau Nineth Montenegro gegründet.

Luis Romero, Leiter der kritisierten PDH-Abteilung gibt derweil an, dass eine der Schwierigkeiten darin besteht, mögliche ZeugInnen aufzufinden, die gegen die Verantwortlichen des Verschwindenlassens aussagen. Zudem verfüge er gerade mal über zwei ErmittlerInnen. Nichtsdestotrotz habe man die Untersuchungen in 12 Fällen bereits vorangetrieben, die der Staatsanwaltschaft schon übergeben wurden.

Sergio Morales, Leiter der PDH, erklärte indes, dass sein Gesamtetat nicht ausreiche, um die Sonderabteilung zu stärken, schliesslich habe der Kongress für dieses Jahr der PDH die Aufstockung um 84 Mio. Quetzales negiert, die konkret in bestimmte Abteilungen fliessen sollten. Seiner Ansicht nach gebe es Abgeordnete, die daran interessiert seien, dass die Personen, die das Verschwindenlassen angeordnet haben, eben nicht aufgedeckt werden.

## Arbeitsmarktpanorama

**Guatemala, 22. Feb.** Es ist und bleibt offensichtlich das Gleiche: Die Straflosigkeit angesichts der Gewalt gegen GewerkschaftsführerInnen und die Gewerkschaftsbewegung allgemein, die Effektivität des Justizsystems und die tatsächliche Umsetzung des Rechts auf Gewerkschaftsfreiheit sind die drei wichtigsten Punkte in den aktuellen Empfehlungen einer hochrangigen Kommission der *Internationalen Arbeitsorganisation* (ILO), die diese Tage Guatemala einen Besuch abstattete. Während diverser Treffen mit staatlichen VertreterInnen, Gewerkschaftsorganisationen und dem Unternehmenssektor machten sich Ed Potter und Luc Cortebeck, respektive ArbeitgeberInnen- und ArbeitnehmerInnenpräsident der ILO-Kommission, auch dieses Jahr ein Bild von der sich offenbar nicht verändernden Schwere der Situation, mit der sich die GewerkschafterInnen konfrontiert sehen (siehe Hintergrundartikel). Potter und Cortebeck setzen Guatemala eine Frist von sechs Monaten, in denen konkrete Fortschritte vorzuweisen seien. Unabhängig davon werden sie im Juni auf der Internationalen Konferenz der ILO über Guatemala Bericht erstatten.

Unterdessen spitzt sich die Arbeitssituation in Guatemala zu.

Der BäuerInnendachverband CO-NIC kritisiert dabei den staatlichen Wirtschaftsnotplan (siehe ¡Fijáte! 427), da er

"keine Wirkung für die Armen auf dem Land" haben wird, er sollte vielmehr "seinen Fokus auf die kleinen landwirtschaftlichen Betriebe richten und die Mittel entsprechend bündeln". Die CO-NIC-VertreterInnen sind der Ansicht, dass die Schaffung von zeitlich begrenzten Jobs durch den Bau von Infrastrukturprojekten nicht die grundlegenden Probleme des Landes lösen, sondern einmal mehr bloss ganz bestimmten Sektoren zugute kommen werden. Unterdessen sei auch das *Gesetz über ein System der Ländlichen Entwicklung*, das die Regierung für Januar versprochen hatte, unter den Tisch gefallen.

Obwohl Finanzminister Juan Alberto Fuentes Knight informierte, die für 2009 geplante Investition in Infrastruktur werde 6 Mio. Quetzales umfassen, was 12% des Staatsetats ausmacht, äusserte jetzt auch die Weltbank im Rahmen einer Studie mit den Titel "Die Weltwirtschaftskrise: Evaluation der Vulnerabilität hinsichtlich der Armut" Zweifel an diesen Massnahmen. Sie stellt fest, dass das Land eine begrenzte Steuerkapazität habe, um antizyklische Politiken umzusetzen und den Effekten der Krise entgegenzuwirken.

Nichtsdestotrotz billigte der Kongress nun, nach langer und heftiger Diskussion und zugunsten des Notplans

Fortsetzung S. 4

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:  
**Solidarität mit Guatemala e.V.**

Bankverbindung:  
Postbank Karlsruhe  
BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:  
Barbara Müller

Christiane Treeck  
c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:  
Ewald Seiler  
Rahel-Varnhagen-Str. 15  
79100 Freiburg  
fijate@web.de

E-Mail-Abo: 50.- •  
Erscheinungsweise 14-täglich.  
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.  
www.guatemala.de/fijate

Fortsetzung von S. 3

eine Reform des Gesetzes des Haushaltes 2009. Nun kann die Exekutive deutlich freier mit den Zuweisungen von Geldern für Institutionen und Programme umgehen. Mussten Modifizierungen von Spenden- und Etatlimits bislang vom Kongress genehmigt werden, braucht die Regierung dem Parlament nun lediglich via Planungssekretariat (SEGEPLAN) und Finanzministerium über entsprechende Veränderungen Bescheid geben und hat somit freie Hand in der Verschiebung der Finanzen.

Während Nineth Montenegro von der Partei *Encuentro por Guatemala* (EG) und Verfassungsrechtler Mario Fuentes Destarac die Entscheidung kritisierten, da sie gegen die verfassungsrechtliche Funktion des Kongress verstiesse und deswegen angefochten werden könnte, argumentiert Mario Taracena, Präsident der Finanzkommission und Mitglied der Regierungspartei *Nationale Einheit der Hoffnung* (UNE), nun könnten Spenden tatsächlich ihrem Zweck zugeführt werden, bislang habe ihre Diskussion im Kongress stets bestimmten Interessen gehorcht.

Neben der Beseitigung dieser "Kandaren" betrifft ein zweiter Reformaspekt ein anderes heisses Eisen des Haushaltes: Ursprünglich sieht der Etat 2009 die Zuweisung von rund 343 Mio. Quetzales an Nicht-Regierungsorganisationen vor. Der Haken: Viele der aufgelisteten Organisationen wurden in Verbindung mit Abgeordneten gebracht, ein Grossteil erst kurz zuvor überhaupt offiziell registriert. Dass dieser Posten nun gestrichen ist, war, gemäss den Vermutungen von Gustavo Porras in seinem Kommentar in der Tageszeitung *Siglo XXI*, ausschlaggebend dafür, dass die *Nationale Revolutionäre Einheit Guatemalas* (URNG) ihre Stimme zugunsten der Etat-Reform gegeben hat. Einen weiteren Schachzug hat die *Patriotische Partei* im Austausch für ihre Unterstützung zur eigenen Gunst entschieden: 150 Mio. von den nun "frei gewordenen" Geldern gehen ans Militär, das seine Truppen um 2'000 SoldatInnen aufstocken will. (siehe separater Artikel). Weitere 100 Mio. werden dem *Nationalen Personenregister* (RENAP) zukommen, dem seit Ende 2007 funktionierenden zentralen Einwohnermeldeamt.

Die Weltbank wiederum hat ihr Augenmerk auf die Realität derjenigen vom RENAP registrierten EinwohnerInnen geworfen, die Geldüberweisungen, die so genannten "remesas" von Familienangehörigen aus dem Ausland erhalten. In ihrem Bericht "Vergangenheit, Gegenwart und mögliche Zukunft der Armut und des Wohlstandes in Guatemala" gibt die Weltbank an, dass die Hälfte dieser *remesas* zur Reduzierung der Armut beigetragen habe, die um 5 Prozentpunkte zurückgegangen sei. "Der Anteil der Bevölkerung, die Geldüberwei-

sungen erhalten, hat sich allein zwischen 2000 und 2006 verdreifacht", kommentiert John Newman, Ökonom der Institution. Jedoch habe die Armutsreduzierung nichts an der extremen Armut und der Armut der indigenen Bevölkerung verändert, so Newman. Wilson Romero, Direktor des Wirtschafts- und Sozialforschungsinstitut der *Universität Rafael Landívar*, fragt angesichts der Angaben: "Wenn die Hälfte der Armut durch die *remesas* zurückging, wo sind denn dann die Regierungsstrategien geblieben?"

Entsprechend problematisch stellt sich nicht nur die steigende Zahl von aus den USA deportierten MigrantInnen dar, die im letzten Jahr rund 28'000 GuatemalteKInnen umfasste. Diese summieren sich nun zu denen, die Arbeit suchen, und deren Familien keine Möglichkeit haben, ihre Ausgaben durch die erhofften *remesas* abzudecken. Seit 1999 erreichten die Rücküberweisungen im Jahr 2008 ihren niedrigsten Stand, allein im Januar 2009 ist bereits ein Minus von 11,8% im Vergleich zum Januar 2008 registriert worden. Dabei schickten die rund 1,3 Mio. GuatemalteKInnen, die in den USA leben, im letzten Jahr noch US-\$ 4 Mrd., mit denen die Angehörigen hier in den Hausbau oder in die Eröffnung eines Geschäftes investierten. Der Grossteil der Gelder fliesst jedoch in den täglichen Konsum und wird nicht nachhaltig angelegt.

Unternehmensverbände und BANGUAT haben unterdessen keine guten Nachrichten in Sachen Arbeitsmarkt. So informierte Carlos Zúñiga, Präsident der Agrarkammer CAMAGRO, der europäische Markt habe seine Nachfrage unter anderem an Kaffee deutlich zurückgeschraubt, was bereits zu einem Verlust von 25'000 Stellen geführt habe, wobei der Verband im letzten Jahr schon einen Rückgang von 200'000 Arbeitsplätzen voraussah. Diesem Sektor hilft der staatliche Notplan auch nicht weiter.

Zudem gab die Staatsbank BANGUAT ihre Prognose für 2009 bekannt. Sie erwartet einen Rückgang der ausländischen Direktinvestitionen um 6% auf US-\$ 754 Mio. Diese gehen voraussichtlich weiterhin vornehmlich in den Telekommunikations- und Technologiemarkt, meint Miguel Gutiérrez, Analyst des *Central American Business Intelligence* (CABI). In einem Punkt sind sich indes die Unternehmer Guillermo Castillo, Max Quirin und der Verfassungsrechtler Mario Fuentes Destarac einig, die auf einem vom CABI ausgerichteten Forum davor warnten, dass das geringere Investitionswachstum die Armutssituation verschärfen könne. Sie empfahlen mithin konkrete Aktionen, die den Zugang des Privatsektors zu Krediten umfassen sowie eine Zinssenkung.

Der Textil- und Kleidungssektor berichtet ebenfalls vom Rückgang des Exports in die USA. Die in 2008 registrierten 3,89% weniger im Vergleich zum Vorjahr machen einen finanziellen Verlust

von ca. US-\$ 62 Mio. und die Kürzung von mindestens 8'000 Arbeitsplätzen aus, andere Quellen sprechen gar von 12'000 Arbeitenden, die aufgrund der Schliessung von 14 *maquilas* im letzten Jahr ihren Job verloren haben. Und die Zahlen von Januar weisen gar ein Minus von 31% Bestellungen auf.

Kürzlich gab die ILO einen Bericht, "Arbeitsmarktpanorama 2008", heraus, in dem sie darauf hinweist, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen gegenüber der Nachfrage in der ganzen Region nicht ausreichen werden, vor allem, weil "die Arbeitsmärkte einen strukturellen Mangel für die Hervorbringung anständiger Beschäftigungsverhältnisse aufweisen, da die Produktionsstrukturen wenig diversifiziert sind und stattdessen eine bedeutsame ländliche Basis mit traditionellen Arbeitsweisen und einer geringen Produktivität vorherrscht. Deswegen ist es "sehr gut möglich, dass die aktuelle Krisensituation sich widerspiegeln wird in einem Anstieg von prekären Arbeitsverhältnissen, Jobs im informellen Sektor und der Kinderarbeit."

Derweil startete die Regierung gemeinsam mit dem Unternehmenssektor zwei Arbeitsmarktoffensiven. Das Arbeitsministerium präsentierte dieser Tage das *Nationale Berufseinstellungssystem*, mittels dem man vorhat, das Versprechen von Präsident Álvaro Colom einzulösen, 700'000 neue Arbeitsplätze zu schaffen. Das System besteht aus einem landesweit zugänglichen elektronischen Netzwerk, in dem sich Arbeitssuchende an den Computern, die in den Rathäusern aufgestellt werden, mit ihrem Profil eintragen können. Auf diese Datenbasis können dann wiederum öffentliche wie private Unternehmen zugreifen, wenn sie Personal suchen. Laut Vize-Arbeitsminister Jorge Jiménez haben sich bereits mehr als 1'000 Unternehmen an dieser Initiative interessiert gezeigt. Zusätzlich soll es weiterhin Arbeitsmarktmessen geben sowie spezielle Vorbereitungsprogramme, sowohl zur Eingliederung der aus dem Ausland zurückgekehrten MigrantInnen als auch praktische Kurse für BewerberInnen; eine Arbeitsmarktzeitung soll darüber hinaus über offene Stellen informieren.

Die zweite Initiative verspricht 31'120 Arbeitsplätze in diesem Jahr. Dafür haben sich der Exportsektor und die Regierung zusammengetan und wollen mit einer Gesamtinvestition von 256,6 Mio. Quetzales verschiedene Produktionsprojekte ins Leben rufen, die vom Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerium getragen werden. Dazu gehören Bewässerungsprojekte, Aufkaufzentren, Kunsthandwerk, Kredite und Handwerksbetriebe. Das Exportgremium *Agexport* visiert eine Verdopplung auf US-\$ 12 Mrd. der durch Export geschaffenen Devisen bis 2011 an und setzt dabei auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, die durch die Projekte erreicht werden soll.

## Militarisierung auf dem Vormarsch

**Guatemala, 18. Feb.** Mehr als die Hälfte der guatemalteckischen Verwaltungsbezirke, zusätzlich zu Ortschaften, Dörfern und Wohnbezirken, haben die Präsenz des Militärs beantragt, in dem Ansinnen, auf diese Weise der zunehmenden Delinquenz Einhalt zu gebieten. Víctor Hugo Figueroa, Bürgermeister von Uspantán, Quiché, und ehemaliger Vorsitzende der BürgermeisterInnenassoziation ANAM erklärt: "Die BürgermeisterInnen und die Bevölkerung vertrauen auf die Disziplin der Armee, im Vergleich zu dem Eindruck, den sie von der *Nationalen Zivilpolizei* (PNC) haben." Der Sprecher der Armee, Hauptmann Francisco Loranca, gibt an, dass diese bereits 362 Anträge aus der Hauptstadt als auch aus anderen Ecken des Landes erhalten habe. Angesichts dieses Bedarfs wurden inzwischen ReservistInnen aufgerufen, sich zu melden. Von diesen sind laut Verteidigungsminister Abraham Valenzuela rund 2'000 GuatemalteckInnen rekrutiert worden, um 172 der Anträge nach Militärpräsenz realisieren zu können.

In diesem Rahmen, so kündigte Valenzuela an, wird auch in der mit der ursprünglich militärischen Bezeichnung "Ixil-Dreieck" benannten Region um San Juan Cotzal im Departement Quiché eine Kaserne eingerichtet. Weitere Pläne sehen vor, die Militärbasis in San Marcos wieder zu öffnen und die von Puerto Barrios, Izabal auszubauen.

Die Einbeziehung der Armee in die Sicherheitsaufgaben des Staates nahm ihren Anfang mit den kombinierten Patrouillen auf den Strassen der Hauptstadt unter Ex-Präsident Oscar Berger seit 2006. Das hat zu einer steten Erhöhung des Verteidigungsetats geführt. So wurden diesem Ministerium im Haushalt 2009 rund 1,3 Mrd. Quetzales zugewiesen und vor wenigen Tagen ein zusätzliches Plus von 150 Mio. vom Kongress abgesehnet. Präsident Alvaro Colom nutzte bereits wiederholt die Gelegenheit, seine Intention zu verkünden, die Truppen von 15'000 auf 25'000 SoldatInnen nach und nach aufzustocken.

Die militärische Unterstützung der Polizei umfasste bislang bereits die Begleitung durch SoldatInnen von Stadt- und Überlandbussen und ihre Präsenz an Bushaltestellen und -bahnhöfen; SoldatInnen stellen die Aussenbewachung der Gefängnisse und führen Landräumungen mit durch. Bislang gibt es schon neun Militärcamps im Gebiet der Hauptstadt in als "rote Zone" bezeichneten Vierteln wie dem als Drogenhochburg bekannten El Gallito der Zone 3 und verschiedenen Punkten in den Aussenbezirken Villa Nueva, Amatitlán und Mixco. Konkret steht dabei dann, so gesehen im Gallito, ein eingerichteter LKW-Anhänger, der einem Eisenbahnwaggon ähnelt, und davor stehen schwerbewaffnete Soldaten locker hinter Sandsackbarrikaden direkt im Marktgeschehen.

Ob der klammheimlichen Ausweitung der Präsenz der Armee im zivilen Leben äussern soziale Organisationen regelmässig ihre Sorge ob der Militarisierung des Landes. Schliesslich sei gemäss den Friedensverträgen die Gewährung der öffentlichen Sicherheit Aufgabe der zivilen Autoritäten. Die KritikerInnen machen die verstärkt ans Tageslicht tretende Schwäche der Polizei und die oft bewahrheiteten Vorwürfe der Korruption derselben dafür verantwortlich, dass das Militär gleichwohl so viel Land und Zustimmung in der Bevölkerung gewinnen kann. Allein im Jahr 2008 wurden 64 PolizeiaagentInnen festgenommen, denen verschiedene Verbrechen vorgeworfen wurden. Einer der letzten Fälle betraf einen 45jährigen Offizier und seinen 31jährigen Agentenkollegen, die Ende Januar gefasst wurden - verdächtigt des schweren Raubs und Mordes.

Ein weiterer - längst bekannter - Aspekt ist der generelle Mangel an PolizistInnen. Berechnungen, die sich auf Daten des *Nationalen Statistikamtes* (INE) stützen, besagen, dass in manchen Departements gerade einmal ein PolizistIn zuständig ist für 3'000 EinwohnerInnen. Nach internationalen Standards beträgt die Idealproportion 1:300. Für 2009 sieht das INE voraus, dass die Bevölkerung die 14 Millionenmarke übersteigt. Im bestmöglichen Fall bräuchte es dafür rund 40'000 PolizistInnen, Ende 2008 wurden in Guatemala jedoch gerade einmal 19'191 AgentInnen gezählt, von denen jedoch nur die Hälfte tatsächlich aktiv ist, der Rest ist beurlaubt oder aus anderen Gründen freigestellt.

"In das Militär zum Zweck der öffentlichen Sicherheit zu investieren, ist ein Fehler, der die Institutionalität des Landes schwächt", so Menschenrechtsprokurator Sergio Morales. "Die SoldatInnen sind dafür da, die Souveränität des Landes zu gewähren, und die Polizei für die Sicherheit. Wenn diese geschwächt ist, muss sie eben gesäubert und in sie investiert werden."

Fraglich ist, wer von den Autoritäten oder Betroffenen letztlich wirklich nach dem Militär ruft. Diese Frage stellt sich unter anderem beim "Plan sicheres Quiché", angekündigt von der Sicherheitskommission des Departementalen Entwicklungsrates in Santa Cruz del Quiché, der angeblich zur Bekämpfung der Kriminalität umgesetzt werden soll. Mario Morales Toj von der Sicherheitskommission erläutert: "Der Plan umfasst die Wache durch PolizeiaagentInnen und Militärs unter Einsatz von Streifenwagen und Motorrädern. Gemäss der Autoritäten werden sich Personen vor diesen Patrouillen identifizieren müssen, Fahrzeuge werden durchsucht und Gegenstände beschlagnahmt, die genutzt werden könnten zum Autodiebstahl, sowie nicht-registrierte Schusswaffen und Drogen. In diesem Zusammenhang werden zwei mobile Militärkasernen geöff-

net, die voraussichtlich in Sacapulas und Joyabaj stationiert werden, strategische Punkte, da sie die Verbindung zu Huehuetenango, der mexikanischen Grenze und der Hauptstadt bieten.

Schliesslich ist für dieses Jahr - mit argumentativem Rückgriff auf den Anstieg des Drogenhandels in der Region - die Eröffnung einer Militärbrigade im Ixcán vorgesehen, die von dort aus die umliegenden Bezirke mit ihren Leuten unterstützen soll.

Der "Plan sicheres Quiché" sieht vor, mobile Einsatzkommandos aus 10 PolizistInnen, 10 SoldatInnen, zwei Delegierten der Verbrechenpräventionsabteilung vom Innenministerium und zwei BewohnerInnen des jeweiligen Ortes auf Streife zu schicken. Wie die Rekrutierung von diesen nicht-ausgebildeten ZivilistInnen konkret aussieht, wurde noch nicht bekannt gegeben. Problematisch ist sie ohnehin und angesichts der offiziellen Gewalten- und Aufgabenteilung - und der guatemalteckischen Geschichte - gar nicht erst zu rechtfertigen.

Besonders brisant ist die Militarisierung in den genannten Orten im Quiché deswegen, da hier der interne bewaffnete Konflikt ausserordentlich gewütet und zahlreiche Massaker an der indigenen Bevölkerung vom Militär verübt wurden. Im Ixcán bestehen zusätzlich seit Jahren anhaltende Konflikte zwischen Bevölkerung und Autoritäten um Landtitel, grundlegende Versorgung sozialstaatlicher Dienstleistungen sowie um das fortschreitende Eindringen von Rohstoffabbauformen und den Bau von Wasserkraftwerken.

So stellt denn auch Haroldo Shetmul in seinem Kommentar in der Tageszeitung *Prensa Libre* die "Millionenfrage", wie er selbst sagt: "Was wird eine Militärkaserne inmitten eines Munizips machen, um eine Jugendbande zu bekämpfen? Werden die SoldatInnen ihre schweren Geschütze auffahren, die ausschliesslich zur Bekämpfung einer militärischen Streitmacht gedacht sind, mitten in einer zivilen Ansiedlung? Wird die Armee befugt sein, Festnahmen, Ermittlungen und Hausdurchsuchungen durchzuführen? Die militärischen Streitkräfte sind ausgebildet, um die nationale Souveränität vor äusseren Bedrohungen zu verteidigen, oder, wie im internen bewaffneten Konflikt, irreguläre Kampftruppen. (...) Die Wieder-Militarisierung birgt das Risiko, die Zivilpolizei vor der Bevölkerung noch weiter zu diskreditieren. Doch wenn diese nichts taugt, warum löst der Präsident sie nicht besser auf und ruft eine effektivere ins Leben, anstatt sie ständig schlecht zu machen und das Militär zu bevorzugen? (...) Neben der Tatsache, dass Colom mit seiner Entscheidung die Friedensverträge mit Füssen tritt, lenkt er die Aufmerksamkeit, der die Polizei mithilfe eines grossen chirurgischen Eingriffes dringend bedarf, komplett ab."

## ¡Hijole...! Die monatliche Kolumne von Fernando Suazo

### Historische Straffreiheit

Die höchsten Richter des Obersten Gerichtshofes drehen sich mit der ehrenvollen Aufgabe im Kreis, sich darüber einig zu werden, wer ihr nächster Präsident sein soll. Derweil verharren die für die aufsehenerregendsten Fälle wie z. B. die Narcomassaker zuständigen Gerichtsinstanzen in Untätigkeit. Doch wir wollen das Oberste Gericht nicht stören, es könnte ja sein, dass dort konzentriert nach einer Lösung gesucht wird, wie in Guatemala mit der Strafflosigkeit Schluss gemacht werden könnte.

Unterdessen verkehren die Dossiers über die Narcomassaker von Zacapa in die Hauptstadt und zurück, als wären sie ein Überlandbus. Bloss dass ihr Job nicht jener ist, sondern darin besteht, zur Gerechtigkeit in diesem Land beizutragen. Dickköpfig wie sie sind, versuchen die RichterInnen von Zacapa und Guatemala diese verfluchten Dossiers loszuwerden, indem sie sich auf die ausgeklügeltesten Gesetzesauslegungen berufen.

Seit Monaten weisen die Organisationen der Zivilgesellschaft darauf hin, dass die Strafflosigkeit in Guatemala 98% beträgt! Nun dann, das ist ja schon etwas - es fehlen uns also bloss noch diese 2%, um die Goldmedaille für den am meisten gescheiterten Staat Amerikas zu erhalten. Wenigstens für diese Goldmedaille sollte es reichen, verlässt doch unsere Fussballmannschaft das Land nur, um sich auswärts lächerlich zu machen.

Diese und ähnliche Nachrichten geben ein wunderbares Szenario ab zusammen mit dem Auftritt eines anderen Schmuckstücks der Nation, eines Herrn namens Alfonso Portillo, der zuerst unter Beweis stellte, dass er morden kann, und danach vorführte, wie man sich der Justiz entzieht. Seine Show läuft weiter, denn nachdem seine Zeit als Potentats-Flüchtling in Mexiko abgelaufen war, kehrte er nach Guatemala zurück um sich, in der Rolle des guten Kumpels, den Richtern zu stellen - mit dem Scheck für die Kaution in der Tasche. Einige Medien behaupten nun, dass es nicht bloss die 140 Millionen Quetzales waren, die der Typ während seiner Zeit als Präsident mitgehen liess, sondern dass er ausserdem mehr als 900 Millionen Quetzales aus den Budgets des Erziehungs-, Gesundheits- und Innenministeriums ins Verteidigungsministerium umleitete und von dort nach Europa auf die mehr als siebzig Bankkonten seiner Strohmänner buchen liess. Wie hübsch! Welch vorbildlicher Landesvater! Wir warten mit Ungeduld auf die neue Partei, die er zu gründen verspricht. Sie könnte ja zum Beispiel heissen "Partei der schnellen und zuverlässigen Justiz".

Um das Bild zu vervollständigen,

veröffentlichte die Zeitschrift *elPeriódico* am 9. Februar 2009 irgendwo im Innenteil die Nachricht, die in anderen Ländern auf der Titelseite erschienen wäre: Niemand geringerer als der Gefängnisdirektor und Ex-Militär Eddy Morales und sein Vizedirektor Eduardo Táger sowie der Direktor des Untersuchungsgefängnisses der Zone 18 "haben direkte Verbindungen zum Handel von Drogen und Waffen in besagtem Gefängnis". Und die Herren Morales und Táger "versuchten, durch Verlegung der Schwerverbrecher, diese von der Narcogruppe "Los Zetas" zu trennen, damit diese fliehen kann". Atmen Sie tief durch und sagen Sie nichts.

Aber es war der Fall von Álvaro Matus, der vor einigen Tagen das Fass von Carlos Castresana, Leiter der CICIQ, der *Internationalen Kommission gegen Strafflosigkeit in Guatemala*, zum Überlaufen brachte. Ausgerechnet diesem Herrn Matus, ehemals leitender Staatsanwalt im Morddezernat, wird die Zerstörung und das Verschwindenlassen von Beweismaterial im Fall der Ermordung des Spezialagenten Víctor Rivera nachgewiesen. Nach dieser Geschichte konnte Castresano nicht mehr länger auf dem Mund sitzen. Er erklärte, dass die Strafflosigkeit in Guatemala das Resultat "einer Kette von Komplizenschaften ist, die in der Polizei beginnt, in der Staatsanwaltschaft, dem Justiz- und Gefängniswesen weitergeht, zu der private wie PflichtverteidigerInnen gehören, und die bis in die höchsten Ebenen der Politik hineinreicht. So kommt es, dass von hundert GuatemaltekinInnen bloss zwei von der Justiz 'bedacht' werden, derweil die anderen 98 keinen Hauch von ihr zu spüren bekommen". Man könnte sagen, die Strafflosigkeit in Guatemala funktioniert wie ein Fließband: sie läuft wie am Schnürchen, alle arbeiten einander zu, alles ist bestens organisiert. Und dahinter steckt jemand, denn wir wissen alle, dass die Arbeit am Fließband bestens organisiert sein muss.

Die Frage nach dem "Jemand" öffnet neue Szenarien, tiefere und beunruhigendere. Wer hat das Schweigen und die hermetisch geschützte Strafflosigkeit für die Verbrechen des Krieges angeordnet? Wer hat alle Arten von Menschenrechtsverbrechen begangen und die Strafflosigkeit oder Flucht der verantwortlichen Täter dieser Verbrechen ermöglicht?

Und mit etwas weiterem Fokus betrachtet: Wer hat systematisch das Schweigen und die Strafflosigkeit über alle Angriffe gegen die indigenen Völker angeordnet, von der Unabhängigkeit über die Zeiten der Kaffeediktaturen bis zum heutigen Tag? Wer ordnet heute den Medien an, den Kampf der

Gemeinden zu verschweigen, die ihr Land und ihr Heim verteidigen (zitiert aus der guatemaltekischen Nationalhymne), in San Marcos, in San Juan Sacatepéquez, in Izabal? Land, das ihr ökologisches und nationales Vermögen bildet? Gibt es jemanden, der sich traut, die PolitikerInnen und UnternehmerInnen zu bestrafen, die Gesetze erlassen, dank derer unsere Ressourcen in massiver Weise an transnationale Unternehmen verschenkt werden? Wem nützen diese Schachzüge - cui prodest, um es mit den lateinischen JuristInnen zu sagen?

Die letzte Version der strukturellen Strafflosigkeit fand während des Krieges statt. Dazu äussert sich Helen Mack in einem Interview in der Zeitung *La Hora* ([www.lahora.com.gt-100209](http://www.lahora.com.gt-100209)), und sie macht es derart mutig und mit einer Klarheit, die uns die Finsternis erhellt, in der wir uns befinden und vor Angst zittern. Doña Helen nimmt kein Blatt vor den Mund aus ihrer Verletzbarkeit als Frau und aufrechter Guatemaltekin (die nie Funktionärin dieses Staates sein wollte).

Die aktuelle Strafflosigkeit ist das Ergebnis der massiven Menschenrechtsverletzungen während des Krieges, welche bis heute ungestraft blieben, in dieser vermeintlichen Demokratie, die vom Militär gelenkt wird und in der das Justizsystem und der Kongress insofern die Rolle von Protagonisten spielen, als sie entweder die Schuldigen nicht zu Gericht ziehen oder sie freisprechen.

Doña Helen erinnert daran, dass sich die Regierung im "Friedensabkommen zur Situation der Menschenrechte" verpflichtet hat, die illegalen Körperschaften und klandestinen Strukturen aufzulösen und zu eliminieren, die Sicherheitskräfte zu "säubern" und zu professionalisieren und den Besitz und das Tragen von Schusswaffen zu regulieren. Zweifellos ist es in dieser Nachkriegszeit soweit gekommen, dass die illegalen Körperschaften und die klandestinen Strukturen die Miteigentümer dieses Staates geworden sind (im Verbund mit den historischen Besitzern, den Oligarchen).

Illegale Apparate und Körperschaften sind nichts anderes als jene Todeschwadronen und die Militäroffiziere, welche sie befehligten. Heute verbringen sie ihre Zeit mit Aktivitäten des organisierten Verbrechens und unterwandern die Institutionen des Staates.

Und Doña Helen Mack schliesst mit den Worten: "Wir bräuchten einen Rechtsstaat, aber in Wirklichkeit verhandeln wir mit einem kriminellen Staat."

Die Strafflosigkeit ist nicht bloss eine Nachricht in unseren Medien, sie ist das Ergebnis unserer Geschichte.